

„Hass, Armut, Elend“ prägen den Alltag

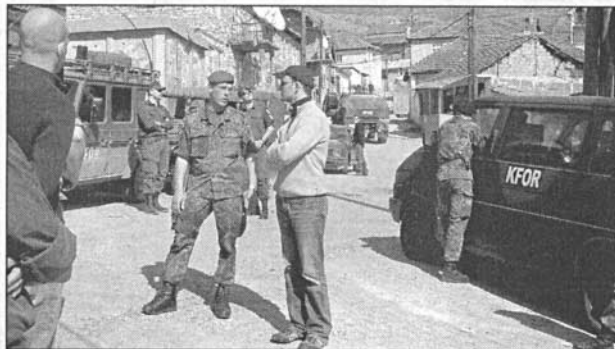
MdB Jens Spahn zur Lage im Kosovo
Hemker für Bleiberecht nach acht Jahren

-gir- Kreis Steinfurt. „Ja, etwas unwohl ist mir schon dabei, wenn jetzt Bürgerkriegs-Flüchtlinge in den Kosovo abgeschoben werden“, sagt Jens Spahn, CDU-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Steinfurt I/Borken I. Die derzeitige Rechtslage führe zu „unbilligen Härten“. Wohler wäre es dem Abgeordneten, wenn es einen Kriterienkatalog gäbe, der regelt, unter welchen Voraussetzungen Flüchtlingen ein Bleiberecht eingeräumt werden könnte. Integration, Dauer des Aufenthalts, eigenes Aufkommen für den Lebensunterhalt sollten eine Rolle spielen – Gründe also, die unterhalb der Kriterien der Härtefall-Kommission angesiedelt wären. Ein generelles Bleiberecht lehnt er dagegen ab.

Spahn räumt ein, dass die Situation im Kosovo nach wie vor sehr problematisch sei – mehrere Male war er vor Ort, zuletzt im April diesen Jahres, und weiß aus eigener Anschauung um die Lage. „Der Bürgerkrieg ist nicht mehr direkt sichtbar, wäre aber sofort wieder da, wenn unsere Soldaten das Land verlassen“, meint er. Armut, Arbeitslosigkeit und ein unglaublicher, „mit den Händen zu greifender“ Hass zwischen Serben und Kosovaren prägen den Alltag. Die UNMIC-Zivilverwaltung im Kosovo

und die Bundesregierung seien nicht einig in der Bewertung der Situation vor Ort – hier gebe es dringenden Klärungsbedarf, unterstützt er Forderungen, die auch Dr. Martin Sommer, Ordnungs-Dezernent des Kreises Steinfurt, erhoben hatte. Darüber hinaus müsse die Politik sich bemühen, die Rahmenbedingungen im Kosovo so zu verbessern, dass Flüchtlinge freiwillig in ihre alte Heimat zurückkehren: „Der Kosovo braucht diese Menschen“. Ganz eindeutig stellt sich Spahn hinter die Ausländerbehörden: „Die Behörden setzen nur geltendes Recht um; wir hier in Berlin müssen uns Gedanken machen“, sagt er.

Auch sein SPD-Kollege Reinhold Hemker, MdB für den Wahlkreis Steinfurt III, nimmt die Behörden in Schutz: „Die machen nur ihren Job und tun mir leid“. Er fordert angesichts drohender massenhafter Abschiebungen von Flüchtlingen, die zum Teil schon 16 Jahre hier leben, eine klare Regelung: „Leute, die länger als acht Jahre hier leben, sollten bleiben dürfen; das war immer meine Position“. Es sei die CDU gewesen, die 1999 eine Einigung in Fragen der Zuwanderung verhindert habe. Ein neues Ausländergesetz sei eigentlich überfällig, aber momentan habe „niemand daran Interesse“.



MdB Jens Spahn besuchte noch im April diesen Jahres den Kosovo.